

*Andreas Disselnkötter*

## »Antisemitismus der Tat«

### Kirchenstreit in Bielefeld

Eigentlich hätte alles ganz einfach sein können: Die Evangelische Landeskirche von Westfalen beschließt einvernehmlich den Verkauf eines ihrer Gotteshäuser. Nach der Entwidmung sind die Gemäuer im christlichen Verständnis keine Kirche mehr, und ihre weitere Nutzung liegt in der Hand des Käufers. So sollte es auch im Fall der Paul-Gerhardt-Kirche in Bielefeld sein, doch es kam ganz anders. Als nämlich Anfang des Jahres öffentlich wurde, dass die jüdische Kultusgemeinde der vorgesehene Käufer war, stellten sich ein ehemaliger Kirchmeister, ein Richter sowie ein WDR-Redakteur gegen den Verkauf. Eine neue Synagoge sollte an diesem Ort nicht entstehen. Sie besetzten gemeinsam mit weiteren Gleichgesinnten als »Gemeinnützige Bürgerinitiative« das Gebäude und versuchten, innerhalb der Evangelischen Kirche und durch massive Öffentlichkeitsarbeit den Verkauf zu verhindern. In Bielefeld stießen die Anliegen der stadtbekanntesten Akteure auf offene Ohren. Sehr schnell bildete sich ein über viele Monate stabiles Bündnis aus Medien und Politik, das das Anliegen der Bürgerinitiative massiv unterstützte. Die große Masse der Bürger blieb gleichgültig oder hüllte sich – wie führende Lokalpolitiker – in Schweigen. Ohne das Durchhaltevermögen des Kirchenkreises Bielefeld und der jüdischen Gemeinde, die sich nicht provozieren ließ, wäre es nicht zu dem Verkauf und zu der nun doch geplanten Synagoge gekommen, die Ende 2008 fertiggestellt sein soll. Betrachtet man die öffentlichen Reaktionen auf Bauvorhaben für Synagogen in anderen Städten, so überrascht die breite Ablehnung in Bielefeld. Mit hohem,

auch juristischem Aufwand wurde versucht, den Verkauf des Kirchengebäudes an die jüdische Kultusgemeinde zu verhindern.

In den drei Monaten der Besetzung des Kirchengebäudes seit März 2007 ist viel Papier beschrieben worden. Publizistisch wurde das Anliegen der »Bürgerinitiative« durch die beiden Bielefelder Tageszeitungen »Westfalenblatt« und »Neue Westfälische« getragen. Sie berichteten zeitweise wöchentlich und druckten Leserbriefe ab. Darunter fand sich auch einer von Brigitte Decker, bisher für die jüdische Sache sehr engagiert (Westfalenblatt, 22.05.07). Zwar hat die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der sie angehört, den Umbau der Kirche zur Synagoge nicht unterstützt. Dennoch hätte man annehmen können, dass gerade sie durch ihr besonderes Interesse an jüdischer Geschichte und der Erinnerung an die Shoah eine Befürworterin des Vorhabens wäre. Eines Tages, so Paul Yuval Adam vom Vorstand der Kultusgemeinde, habe sie einen Gottesdienst in den inzwischen viel zu kleinen Räumen an der Stapenhorststraße 35 besucht. Die ihrer Meinung nach geringe Besucheranzahl an diesem Tag führte sie zu der Ansicht, dass gegenwärtig kein Bedarf für neue Räume und daher auch kein Zeitdruck bestünde.<sup>1)</sup> Die Bürgerinitiative profitierte von solchen Verlautbarungen. Es gelang ihnen mit gro-

<sup>1)</sup> Ähnlich argumentierte der Bürgermeister Eberhard David, der erst am 14. Juni in einer Ratssitzung Stellung nahm: »Aber auch die Verantwortlichen der evangelischen Kirche müssen sich die Frage gefallen lassen, ob die Entwidmung der Paul-Gerhardt-Kirche tatsächlich unter solchem Zeitdruck vollzogen werden musste. Aus meiner Sicht hätten da manche Verletzungen vermieden werden können, wenn nicht so ein Zeitdruck aufgebaut worden wäre.«

ber öffentlicher Unterstützung, sich als allgemein akzeptierte Verhandlungspartner zu positionieren. Zu den Hauptakteuren gehörten der frühere Presbyter der Paul-Gerhardt-Gemeinde, Hermann E. Geller, und Eitel Riefenstahl. Der frühere Fernsehleiter des Bielefelder WDR-Studios hat sich publizistisch in die Tradition seines verstorbenen Vaters gestellt. In seinem Buch »Requiem für einen Gestapo-Mann – Hommage an meinen Vater« avanciert der ehemalige Gestapo-Angehörige, der bis zu seinem Tod als glühender Vertreter des NS-Systems galt, zum Opfer des Nationalsozialismus: »Vom einsamen Kampf um ein bisschen Menschlichkeit im mörderischen Apparat der Gestapo zermüht und innerlich zerbrochen, musste sich mein Vater nach Ende des Krieges und erniedrigender Internierung für die sog. Entnazifizierung auch noch seine Charaktereigenschaften quittieren lassen. Das gab ihm seelisch den Rest«. (S. 20) Der posthum neu definierten Geisteshaltung seines Vaters eiferte Eitel Riefenstahl nun durch Aktivitäten in der Bürgerinitiative nach, denn sein Vater sei »ein Beispiel dafür, dass der Mensch auch in schwierigen Situationen Handlungsspielraum hat«. So beschreibt die historische Forschung eigentlich das Verhalten von Widerständlern im NS-Staat. Riefenstahl hat bei Lesereisen eine große Zuhörerschaft, die sich daran erfreut, dass Gestapo-Angehörige auch Opfer gewesen sein sollen. Sein Mitstreiter Hermann E. Geller stilisierte sich zum Verteidiger Gottes und sah sich in einer Linie mit Martin Luther, als dieser den bekannten Satz sprach: »Hier stehe ich und kann nicht anders«. Solche und andere Äußerungen machten für den Soziologieprofessor Heinz Gess deutlich, dass die Bürgerinitiative ihre Abneigung gegen die Synagoge als theologischen Streit kaschierte. Seine sehr engagierten Analysen (<http://www.kritiknetz.de>) waren Teil der politischen Bildungsarbeit an der Fachhochschule. Die Studierenden hatten die Chance, an einem aktuellen Fall

mögliche Spielarten des Antisemitismus zu beobachten. Ausgerechnet die Fakultät für Sozialwesen, die sonst die Multikulti-Fahne hochhält, distanzierte sich jedoch, auch unter Einsatz juristischer Mittel, scharf von ihrem Mitglied. Jegliche Solidarität der in anderen Fällen für den Schutz von Minderheiten so sensibilisierten Kollegen blieb aus. Gess ist aus über 35 Jahren politischer Bildungsarbeit einiges gewohnt. Mit einem studentischen Projekt förderte er Sprechweisen zutage, in denen der Synagogenbau vor allem als christenfeindlicher Akt bezeichnet wurde – oder eben antisemitisch. Es fanden sich auch Äußerungen, die eine drohende Wertminderung der benachbarten Immobilien durch »Russen« und »Juden« befürchteten. Besonders perfide, so Gess, sei die Berufung auf »die Tradition« gewesen. Angeblich würde durch die Aufgabe der Kirche mit »der Tradition« gebrochen, insbesondere angesichts der Bedeutung jüdischen Lebens in Bielefeld.<sup>2)</sup>

Unter den Politikern war es vor allem die FDP-Abgeordnete (MdB) Gudrun Kopp, die öffentlich über eine Streichung der Zuschüsse für den Synagogenbau nachdachte. Schließlich führe dieser ja zu einer »Veränderung des Stadtbildes«. Für die Durchsetzung ihrer Ziele vertraute die Bürgerinitiative auch auf die Mithilfe der rechtsextremistischen »Jungen Freiheit«, die Freixemplare ihres Blattes vor den Kirchentoren verteilen durfte.<sup>3)</sup> Gleichzeitig nutzte die Initiative Konflikte zwischen den Gemeinden Herford und Bielefeld sowie solche innerhalb der jüdischen Bevölkerung Bielefelds geschickt für ihre Zwecke aus. Umso bedauerlicher, dass sich einige Vereinnahmungen ließen.<sup>4)</sup> So konnte die Bürger-

<sup>2)</sup> Vgl. dazu die historische Aufarbeitung auf der Homepage: <http://www.juedische-gemeinde-bielefeld.de/>.

<sup>3)</sup> Diese Information verdanke ich der Journalistin Gudrun Eusner: [http://www.eussner.net/artikel\\_2007-05-02\\_20-21-12.html](http://www.eussner.net/artikel_2007-05-02_20-21-12.html)

<sup>4)</sup> Die außerhalb der jüdischen Gemeinde Stehenden sind im Jüdischen Zentrum organisiert. Sie kritisierten mit Verweis auf das israelische Oberrabbinat die Nutzung einer ehemaligen Kirche. Vgl. dazu: <http://www.webwacker-bielefeld.de/11944.0.html>.

initiative hier und da den Eindruck entstehen lassen, sie befände sich mit großen Teilen der jüdischen Bevölkerung in Einklang.

Die jüdische Kultusgemeinde sah sich in einer schwierigen Situation: Neben der evangelischen Landeskirche und dem evangelischen Kirchenkreis war über viele Monate kaum jemand zu hören, der sich für die Synagoge aussprach.<sup>5)</sup> Das Lokalradio habe differenzierter berichtet, so Paul Yuval Adam rückblickend. Ein »Armutzeugnis« aber sei bis heute das Verhalten der Lokalpolitiker.

Innerhalb der evangelischen Kirche von Westfalen war die Linie klar abgestimmt und sie wurde auch konsequent durchgehalten. Der Präses der evangelischen Landeskirche, Alfred Buß, und die Superintendentin des Kirchenkreises Bielefeld, Regine Burg, zogen an einem Strang. Wünschenswert wäre gewesen, dass sie dem Treiben ihrer eigenen Mitglieder in der Bürgerinitiative schärferen Einhalt geboten hätten. Doch innerhalb Bielefelds hätte dies womöglich dem Ruf der evangelischen Kirche eher geschadet. Man habe die Kirche schließlich nicht »polizeilich räumen lassen wollen«, sagte Burg. Zu den Motiven der Bürgerinitiative, gegen die die Landeskirche auch juristisch vorgegangen war, wollte sie sich nicht äußern. Die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit gegenüber dem Umbau der Kirche erklärt sie damit, dass dies ein »Aus-

nahmezustand«<sup>6)</sup> gewesen sei, wie es ihn in Bielefeld bislang noch nicht gegeben habe. Auf der Homepage der Landeskirche wird auf die Beteuerungen der eigentlichen Verursacher des Ausnahmezustands verwiesen: Sie gaben vor, »keine Vorbehalte gegen die jüdische Gemeinde« zu haben.<sup>7)</sup> Als »unehrlich, unredlich und feige«<sup>8)</sup> hat Horst Haase, Mitglied des Kreissynodalvorstands und Vorsitzender des Presbyteriums der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde, das Verhalten des früheren Presbyters der Paul-Gerhardt-Gemeinde, Hermann E. Geller, bezeichnet. Schließlich habe dieser sich im Jahr 2005 öffentlich für den Verkauf ausgesprochen. Was danach folgte, charakterisierte Heinz Gess prägnant als »Antisemitismus der Tat«.

Irith Michelsohn vom Vorstand der Kultusgemeinde freut sich trotz allem auf die Zukunft in der neuen Synagoge an der Detmolder Straße, wo endlich genug Platz sein wird. »Wir werden den Bielefeldern Einblicke in jüdische Kultur ermöglichen und auch gerne mit anderen Gruppen Veranstaltungen durchführen«. Der Bürgermeister war nur nach mehrfacher Aufforderung der Einladung zur Pressekonferenz der Gemeinde gefolgt, die sie nach dem besiegelten Kaufvertrag ausrichtete. Die Auseinandersetzung mit dem lebendigen Judentum würde man sich sicher anders wünschen.

<sup>5)</sup> Unter den wenigen Einzelstimmen: Der DGB-Regionalsvorsitzende Roland Engels bat die Besetzer in einem offenen Brief vom 6.6.07 darum, die Kirche zu räumen. Die Jüdische Gemeinde sei »mehr als willkommen«. Die »Grüne Ratsfraktion« forderte die Besetzer auf, stärker Position zu beziehen und nach Kompromissen zu suchen. »Alles andere wäre nicht vermittelbar und würde antijüdischen Vorurteilen Vorschub leisten!« (18.5.07)

<sup>6)</sup> Damit meint sie eine bisher in der Evangelischen Kirche von Westfalen nicht realisierte Weise der Umnutzung einer Kirche. Eine ähnliche Umnutzung erfolgt gegenwärtig in Hannover-Leinhausen.

<sup>7)</sup> So etwa in ihrer Verlautbarung am 17. Juni 2007, ca. drei Wochen nach dem Verkauf der Kirche an die jüdische Kultusgemeinde, vgl.: <http://www.ekvw.de/>.

<sup>8)</sup> »Kritik an Verkauf der Kirche unredlich« / Kreissynodalvorstandsmittglied Haase nimmt Stellung. In: Bielefelder Tageblatt, 18.10.2006.